



Fraktion im
Deutschen Bundestag

Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

15. Februar 2019



Nina Warken neue Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion



Nur wenige Wochen nach ihrer Rückkehr in den Deutschen Bundestag ist **Nina Warken MdB** (Wahlkreis Odenwald-Tauber) in dieser Woche von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in das Amt der Integrationsbeauftragten berufen worden. Die Wahl fiel nicht zuletzt auf die 39-jährige Rechtsanwältin, weil diese bereits in der letzten Wahlperiode des Deutschen Bundestages für ihre Fraktion im Innenausschuss unter anderem als Berichterstatterin für Asylrecht tätig war. „Ich freue mich sehr über dieses Vertrauen, das es durch Arbeit und entsprechende Ergebnisse zu rechtfertigen gilt“, sagte Warken in Berlin. „Spätestens seit dem Jahr 2015 ist im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik die Frage der Integration zu einem politischen Schlüsselthema geworden. Wir wollen ein sicheres und weltoffenes Land sein, das einen klaren Kurs fährt und seine Zuwanderung selbstbewusst steuert. Aber die Frage der Integration geht weit darüber hinaus und betrifft nicht nur Asylsuchende, sondern auch viele Bevölkerungsgruppen, die schon sehr lange in Deutschland leben. Es geht um Sprache und Arbeit, aber auch um die Werte und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Eine gemeinsame demokratische Kultur und die Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln sind die Basis

des Zusammenlebens. Viele Familien, die zum Teil schon in zweiter und dritter Generation in Deutschland leben, sind dabei längst zu einem unverzichtbaren Teil unserer Gesellschaft geworden und teilen diese Werte. Wer mich kennt, der weiß, dass ich die Dinge beim Namen nenne und auch den Finger in die Wunde legen werde – dies aber stets im Sinne eines konstruktiven Dialogs, der sich an der Sache orientiert,“ so Warken. „Als Integrationsbeauftragte möchte ich dazu beitragen, dass wir die gesellschaftliche Mitte stärken und dass wir unsere Politik nicht an den politischen Rändern ausrichten. Dafür ist das offene Gespräch mit den Bürgern unverzichtbar“.

Felix Schreiner führt deutsch-schweizerische Parlamentariergruppe



Felix Schreiner MdB (Wahlkreis Waldshut) hat in dieser Woche den Vorsitz in der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages übernommen. Er folgt damit auf seinen Fraktionskollegen **Thorsten Frei MdB** (Wahlkreis Schwarzwald-Baar), der vor wenigen Wochen in den Fraktionsvorstand der CDU/CSU aufgerückt ist. „Es freut mich, dass meine Fraktion mich mit dem Vorsitz in der wichtigen Parlamentariergruppe zur Schweiz betraut hat. Gerade Baden-Württemberg und besonders die Hochrheinregion sind in vielfältiger Weise mit der Schweiz verbunden. Ich möchte in der neuen Funktion meinen Teil dazu beitragen, diese Verbindungen weiter auszubauen“, erklärte Schreiner. In dieser Sitzungswoche durfte der Abgeordnete bereits eine große und namhaft besetzte Delegation von Verkehrspolitikern aus der Schweizerischen Bundesversammlung in Berlin begrüßen. Thema eines mehrstündigen Austauschs zwischen Abgeordneten beider Parlamente war der Schienenverkehr in Deutschland und der Schweiz. Ziel der derzeit 47 Parlamentariergruppen des Bundestages ist es, den kontinuierlichen Austausch mit den nationalen Parlamenten der Partnerstaaten zu pflegen. Dabei geht es in erster Linie um den Informations- und Meinungsaustausch und die Möglichkeit, voneinander zu lernen.

Innenminister Strobl und Landräte zu Gast



Zu den Ergebnissen des Werkstattgespräches der CDU Deutschlands und weiteren aktuellen Themen haben sich die Mitglieder der Landesgruppe am Montagabend mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister von Baden-Württemberg, **Thomas Strobl**, ausgetauscht. Unsere Landesgruppe habe die meisten Teilnehmer beim Werkstattgespräch gestellt. Grundsätzlich seien sehr gute Ergebnisse erzielt worden, die nun auch intensiv mit den Koalitionspartnern in Bund und Land besprochen werden, so Strobl. Die Landesebene ist z.B. über den Bundesrat betroffen, wo es um die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten geht.

Das Präsidium des Landkreistages Baden-Württemberg hat sich für zwei Tage zu Gesprächen in der Bundeshauptstadt aufgehalten. Im Rahmen eines Abendessens hatten die Landesgruppenmitglieder die Möglichkeit, aktuelle Themen mit den angereisten Landrätinnen und Landräten zu besprechen. Von der Neuregelung der Grundsteuer bis hin zu den Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes betreffen zahlreiche sich in der Beratung befindliche Gesetzesvorhaben die kommunale Ebene. „Es ist unser Anliegen, dass sich die spezifischen Interessen Baden-Württembergs als wirtschaftsstarkes Flächenland mit einer hohen Eigentumsquote und starken Landkreisen und Kommunen in Gesetzesneuregelungen wiederfinden“, so CDU-Landesgruppenchef **Andreas Jung MdB**.

Werkstattgespräch „Migration, Sicherheit und Integration“



Beim Werkstattgespräch „Migration, Sicherheit und Integration“ diskutierten am 10. und 11. Februar Politiker, Experten und Praktiker im Berliner Konrad-Adenauer-Haus unterschiedliche Ideen, Vorschläge und Maßnahmen für eine bessere Ordnung und Steuerung der Migration, für mehr Sicherheit und für eine erfolgreiche Integration. Auch Mitglieder der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg nahmen an den Gesprächen teil und ziehen Bilanz:

Thorsten Frei MdB (Wahlkreis Schwarzwald-Baar): „Bei der Abschiebep Praxis sind wir bei weitem noch nicht da, wo wir hin wollen. Es ist klar, dass die Zahl der Ausreisepflichtigen weiter deutlich steigen wird. Deshalb müssen wir vor allem dafür sorgen, dass nicht so viele Abschiebungen scheitern. Helfen würde mehr Flexibilität beim Ausreisegewahrsam, der so genannten kleinen Sicherungshaft – möglichst ohne Richtervorbehalt. Dafür muss das Aufenthaltsgesetz geändert werden. Nötig sind außerdem mehr Abschiebehaftplätze. Davon gibt es in Deutschland derzeit 479, wir bräuchten aber das Drei- oder besser das Vierfache. Das ist eine Aufgabe der Länder“.

Annette Widmann-Mauz MdB (Wahlkreis Tübingen): „Ich freue mich über gute Ergebnisse nach einem intensiven Austausch beim CDU-Werkstattgespräch: Die CDU steht dafür, Migration zu ordnen und zu steuern. Gleichzeitig brauchen wir eine Integrationsoffensive. Wir müssen Chancen bieten, damit das Zusammenleben von morgen gelingt und wir vorhandene Potenziale nutzen. Wir müssen aber auch klare Kante zeigen, was hier nicht geht. Dazu brauchen wir Sprach- und Wertevermittlung von Anfang an. Und klar ist auch: Integrationsangebote müssen auch angenommen werden. Das gehört zum Fördern und Fordern

dazu. Integrationsvereinbarungen vor Ort sind dafür ein gutes Mittel, das wir ausbauen wollen“.

Armin Schuster MdB (Wahlkreis Lörrach): Das Werkstattgespräch der CDU zur Migrations- und Asylpolitik war ein gutes Format, das gezeigt hat, wie wichtig der Austausch zwischen Praktikern und Politikern ist. Wir haben deutlich mehr Handlungsempfehlungen erarbeitet, als im Ergebnispapier stehen und nehmen sie als Arbeitsgrundlage für die kommenden Monate. Eine von vielen kolportierte Abrechnung mit der Bundeskanzlerin hat es nicht gegeben, vielmehr richteten wir den Fokus auf die Herausforderungen für den europäischen Grenzschutz im Schengen-Raum und möglicherweise an den deutschen Grenzen, eine bessere Durchsetzung von Abschiebungen aus Deutschland, und gezieltere Bemühungen bei der Integration von Bleibeberechtigten“.

Alexander Throm MdB (Wahlkreis Heilbronn): „Wenn eine Aktuelle Stunde zu unserer parteiinternen Diskussion um die besten Lösungen aufgerufen wird und sich alle anderen Fraktionen damit so eingehend auseinandersetzen, müssen wir etwas richtig gemacht haben. Unser Werkzeugkasten ist gut bestückt und die Union wird ihre vorhandenen Instrumente dort schärfen, wo sie stumpf in der Wirkung geworden sind und neue hinzufügen“.

„Respekt-Rente“ wird ihrem Namen nicht gerecht



Von **Kai Whittaker MdB** (Wahlkreis Rastatt)

Im Koalitionsvertrag haben sich die Parteien CDU/CSU und SPD auf eine Grundrente geeinigt. Es war das erklärte Ziel, die „Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben“ zu honorieren. Dort heißt es weiter: „Voraussetzung für den Bezug der Grundrente ist eine Bedürftigkeitsprüfung entsprechend der Grundsicherung.“ Genau diese Bedürftigkeitsprüfung fehlt jedoch in den Plänen des Bundesarbeitsministers Hubertus Heil. Konkret bedeutet dies, dass dann auch viele Rentner profitieren würden, die nicht auf Unterstützung angewiesen sind. Dies ist jedoch nicht die einzige Ungereimtheit bei dem Vorhaben der Grundrente. Darüber hinaus wird keine Unterscheidung zwischen Teilzeit und Vollzeit gemacht. Diese fehlende Unterscheidung ist weder leistungsgerecht, noch wird sie dem Namen des Rentenprojekts gerecht („Respekt-Rente“). Schließlich steht auch noch die Finanzierung des Projekts auf wackeligen Beinen. Nachdem Finanzminister Olaf Scholz verkündete, dass es eine 25-Milliarden-Lücke im Haushalt gäbe, muss die Finanzierung der Grundrente eindringlich geprüft werden.

Die sogenannte „Respekt-Rente“ entwertet Leistung, anstatt sie zu belohnen. Die folgende Beispielrechnung zeigt, dass die Pläne von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zu neuen Ungerechtigkeiten führen: Frau Glück hat 35 Arbeitsjahre bei ihrem Mann in der Arztpraxis in Teilzeit für 1.500 Euro brutto monatlich gearbeitet. Ihre bisherige Rente beträgt 532 Euro, ihre „Respekt-„Rente“ belief sich auf 1.065 Euro. Frau Pech hat 34 Arbeitsjahre in Vollzeit als Erzieherin für 2.500 Euro brutto monatlich gearbeitet. Ihre bisherige Rente beträgt 863 Euro, auch nach Einführung einer „Respekt-Rente“ belief sie sich auf 863 Euro. Die Erzieherin mit 34 Arbeitsjahren geht nach den Plänen der SPD leider völlig leer aus. Die „Respekt-Rente“ ist nicht das richtige Instrument, um Altersarmut systematisch zu vermeiden und Leistung zu belohnen.

Respekt für unsere Rettungskräfte



Am 11.2. findet jedes Jahr der europäische Tag des Notrufs statt – über die Nummer 112 kann man europaweit in Notfällen den Rettungsdienst oder die Feuerwehr zu alarmieren. Nicht nur an diesem Tag geht es aber auch um mehr Respekt für unsere Rettungskräfte. Denn es ist besorgniserregend, dass diese immer wieder in ihren Einsätzen behindert, beleidigt oder sogar angegriffen werden. Auf Initiative der Union hat der Bundestag deshalb im Jahr 2017 die Strafvorschriften zum Schutz von Polizeibeamten und Rettungskräften verschärft. Auch **Ronja Kemmer MdB** (Wahlkreis Ulm) sprach ihre Anerkennung aus: „Respekt für unsere Rettungskräfte: Als Präsidentin des DRK Ulm gilt mein Dank allen Retterinnen und Rettern, die sich tagtäglich für uns einsetzen“.

Sexuellen Kindesmissbrauch bekämpfen



Jedes Jahr erleiden zehntausende Kinder und Jugendliche sexuelle Gewalt – sei es in der eigenen Familie, im sozialen Umfeld, in Bildungseinrichtungen oder bei der Nutzung digitaler Medien. Die Betroffenen leiden ein Leben lang. Ein von der Unionsfraktion in dieser Woche beschlossenes Positionspapier soll Lösungsansätze aufzeigen, um sexuellen Kindesmissbrauch zu bekämpfen. Das Papier sieht unter anderem Strafverschärfungen bei damit verbundenen Tatbeständen vor. „Wenn der Besitz von Kinderpornographie weniger hart bestraft wird als Ladendiebstahl, dann haben wir Wertungsdifferenzen im Strafrecht, die wir ändern müssen“, stellt **Thorsten Frei MdB** (Wahlkreis Schwarzwald – Baar), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, klar. Gleichzeitig sollen auch die Ermittlungsbefugnisse ausgeweitet und nicht zuletzt Hilfe und Prävention gestärkt werden – etwa durch mobile Fachberatungsstellen für den ländlichen Raum oder die Etablierung von Schutzkonzepten in allen Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten. „Die besondere Leistung des Papiers ist, dass es nicht einen Teilaspekt herausgreift, sondern umfassend versucht, die Kinder – die Betroffenen – in den Mittelpunkt zu rücken und auf dieser Grundlage gute Lösungen zu finden“, so Frei.

[# Link zum Forderungspapier](#)

Kinder sind keine Soldaten!



Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden 2018 weltweit rund 250.000 Kinder und Jugendliche als Soldaten eingesetzt. Der „Red Hand Day“ soll am Internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten (12. Februar) auf deren Schicksal aufmerksam machen. Dazu werden jedes Jahr hunderttausende rote Handabdrücke als klares „Nein!“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten gesammelt. Auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes beteiligten sich auch viele Abgeordnete unserer Landesgruppe an der Aktion – unter anderem **Matern von Marschall MdB** (Wahlkreis Freiburg), **Eberhard Gienger** (Wahlkreis Neckar-Zaber), **Annette Widmann-Mauz** (Wahlkreis Tübingen), **Marc Biadacz** (Wahlkreis Böblingen) und **Alois Gerig** (Wahlkreis Odenwald-Tauber).

Was machen eigentlich ...



... Parlamentariergruppen?

In dieser Rubrik wollen wir die Tätigkeit der CDU-Landesgruppe und ihrer Mitglieder näher vorstellen sowie Begriffe und Aufgaben erläutern.

Die außenpolitischen Beziehungen des Deutschen Bundestages zu den Parlamenten anderer Staaten werden derzeit von 47 bi- und multilateralen Parlamentariergruppen gepflegt. Ihr Ziel ist es, einen kontinuierlichen Dialog mit den nationalen Parlamenten eines oder mehrerer Partnerstaaten zu führen. In erster Linie geht es dabei um den Informations- und Meinungsaustausch mit Parlamentariern, daneben bestehen aber auch Kontakte zu Regierungsvertretern und Repräsentanten der Zivilgesellschaft. Dabei bieten sich zahlreiche Gelegenheiten, unterschiedliche Sichtweisen auszutauschen und voneinander zu lernen. Neben der Förderung parlamentarisch-demokratischer Strukturen spielen die Stärkung der Menschenrechte und die parlamentarische Flankierung der Außenpolitik der Bundesregierung eine besondere Rolle.

Weitere Informationen gibt es unter https://www.bundestag.de/europa_international/parlamentariergruppen/allgemein/244832.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter bundes-tag.de/mediathek.

Weitere Informationen finden Sie unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](#).

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269

Fax 030 / 227 - 76251

[E-Mail](#)

[Website](#)

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag), CDU/Tobias Koch (Werkstattgespräch)

Impressum:

CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

[Newsletter abbestellen](#)